

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1934

15 (18.1.1934)

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig. D. N. 3800 I.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hitlerstr. 53, Fernspr. 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10 101. Verantwortlich für den Gesamthalt: L. Dups, Durlach.



Anzeigenberechnung: Die 6spaltige Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig, Reklamezeile 18 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezahler keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 15

Donnerstag, den 18. Januar 1934

105. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Am heutigen Donnerstag gedenkt ganz Deutschland des Reichsgründungstages, der zum 63. Mal begangen wird.

Die Antwort der Reichsregierung auf die Einladung nach Genf ist nun beim Völkerbund übergeben worden. Deutschland kann der Einladung keine Folge leisten.

Die bisherige Saarregierung wurde vom Völkerbundsrat wiedergewählt, im übrigen häufen sich in Genf die Besuche, den Völkerbundsrat zu besonderen Maßnahmen im Saargebiet zu drängen.

Reichsminister Adolf Hitler hat heute die leitenden Ingenieure der Reichsautobahnen empfangen. Der Führer machte dabei Mitteilungen über seine Pläne auf diesem Gebiet.

Frankreich hat den Handelsvertrag mit Deutschland aus dem Jahre 1927 gekündigt. Der Abbruch an der deutschen Ausfuhr nach Frankreich soll, wie in der Note bekanntgegeben wird, 300 Millionen Franken betragen. Die französische Regierung hat außerdem ihr Einverständnis für die Aufnahme von entsprechenden Verhandlungen mit Deutschland bekanntgegeben. Deutschland hat daraufhin ein Gleiches getan.

Die italienische Regierung hat zwei Erlasse herausgegeben, die sich auf handelspolitische Maßnahmen gegen Frankreich beziehen.

Nunmehr sind auch die Unterführer des niederösterreichischen Heimatschutzes abgesetzt worden, weil man sie nationalsozialistischer Sympathie verdächtigt.

Der Reichsjugendführer hat den Obergebietsführer Flabersberg zu seinem Stellvertreter ernannt.

Bei einer Grubenexplosion in Fuhshun waren acht Todesopfer zu beklagen.

Nur innerdienstliche Anweisung zur Meldepflicht österreichischer Staatsangehöriger

DNB. Berlin, 17. Jan. Durch die Abendpresse vom 17. Januar ist die Mitteilung verbreitet worden, daß ihre Landesregierungen Anordnung über eine besondere Meldepflicht der in Deutschland lebenden österreichischen Staatsangehörigen getroffen haben. Zur Vermeidung von Mißverständnissen stellt der Reichsminister des Innern fest, daß es sich lediglich um eine innerdienstliche Anweisung an die Polizeibehörden handelt, durch die auf Grund der vorhandenen Nachweisungen die Zahl der österreichischen Staatsangehörigen in Deutschland ermittelt werden soll. Ueber die darüber hinausgehenden besonderen Anordnungen örtlicher Behörden wurde entsprechend berichtet.

Der Reichsminister empfing die leitenden Ingenieure der Reichsautobahnen

DNB. Berlin, 17. Jan. Anlässlich einer vom Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen Dr. Todt nach Berlin einberufenen Tagung wurden die leitenden Bauingenieure und die Direktoren der Reichsautobahn vom Führer in der Reichsminister empfing. Der Reichsminister, auf dessen Weisheit die Verwirklichung des Planes der Reichsautobahnen zurückzuführen ist, betonte in einer Ansprache die Bedeutung der gewaltigen, verantwortungsvollen und schönen Aufgabe, die den am Bau der Reichsautobahnen beteiligten Ingenieuren übertragen sei. Der Reichsminister wies dann besonders darauf hin, daß die Deutsche Reichsbahn, der er den Bau der Reichsautobahnen übertragen habe, auch deren Betrieb übernehmen solle. Dadurch werde das große einheitliche Verkehrsunternehmen geschaffen, das die nach wirtschaftlicher Bedeutung als eines der wirksamsten Mittel im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit, zumal im Straßenbau auch ungelerneten Arbeiter in größerem Maße Arbeit und Brot geben werden können. Generaldirektor Dr. Dorpmüller berichtete dem Reichsminister über eine in der letzten Zeit getroffene wichtige Maßnahme zur Durchführung des Reichsautobahnnetzes.

Bei der Tagung der Fachleute des deutschen Autobahnbaues wurde über die wichtigsten technischen Fragen der Anlage und der Ausführung der Reichsautobahnen in ausführlichen Referaten berichtet.

Deutschland geht nicht nach Genf

Die deutsche Antwort an den Völkerbundsrat

Genf, 17. Jan. Der deutsche Konsul in Genf, Dr. Krauel, hat soeben dem Generalsekretär des Völkerbundes die folgende Antwort der Reichsregierung übergeben.

„Herr Generalsekretär! Indem ich den Empfang Ihres Schreibens vom 15. Januar mit verbindlichem Dank bekräftige, beehre ich mich Ihnen dazu mitzuteilen, daß die deutsche Regierung bei aller Würdigung der in der Sitzung des Völkerbundsrates vom 15. Januar vorgebrachten Gesichtspunkte zu ihrem Bedauern aus grundsätzlichen Erwägungen davon absehen muß, an den Beratungen des Völkerbundsrates über Punkt 26 der Tagesordnung beizuwohnen. Genehmigen Sie usw. Gezeichnet Freiherr von Neurath.“

Klare Situation in der Saarfrage

Es kann jetzt keinem Zweifel mehr unterliegen, daß der in der Montag-Sitzung des Völkerbundsrates vom französischen Vertreter Massigli an die deutsche Reichsregierung gerichteten Einladung, an den gegen Ende dieser Woche stattfindenden Beratungen über die Durchführung der Saarabstimmung im Völkerbundsrat teilzunehmen, keine Folge geleistet werden wird.

Es ist von vornherein nicht anzunehmen, daß die Einladung Massigli ernst gemeint war. Frankreich wird sich lediglich keine Sorgen darüber gemacht haben, daß und wie Deutschland Gelegenheit bekommen soll, seine Auffassung von dem weiteren Lauf der Dinge im Saargebiet zum Ausdruck zu bringen, zumal über diese Auffassung, die eindeutig und grabtief klar ist, nirgends der mindeste Zweifel bestehen kann. Noch ehe man in Deutschland dazu Stellung nehmen konnte, hat das Ausland die wirklichen Absichten Frankreichs durchschaut. Das nichts weniger als deutschfreundliche „Journal de Geneve“ spricht von einer „französischen Geste, die keineswegs ohne Egoismus“ sei. Der „Daily Herald“ nennt den Schritt des französischen Delegierten ein „überstimmtes Mandat“ und registriert auch gleich das Echo, das es in Frankreich gefunden hat, mit den Worten: „Die Franzosen jubeln“. Die „Morning Post“ lagt ganz offen, Deutschland sei nur zum Schein eingeladen worden.

Wenn im Zusammenhang mit solchen Äußerungen in der ausländischen Presse der Schluß gezogen wird, Deutschland sei nun in eine überaus peinliche Lage gekommen, so ist das allerdings reichlich abwegig. Die Peinlichkeit der Situation dürfte auf Seiten des Völkerbundes sein, der sich offenbar mit den leeren deutschen Plänen in seinen Reihen nicht ganz wohl fühlt. Sonst hätte der Rat nicht soeben beschlossen, ihre Neubestimmung zunächst bis zum Mai zu vertagen. Man hofft immer noch, sei es durch die Verurteilung vergangener Peinlichkeiten, den Schritt vom 14. Oktober, mit dem Deutschland dem Völkerbund den Rücken lehrte, ungeschehen zu machen. Warum, das ist ohne weiteres ersichtlich. Die Interessengemeinschaft der Siegerstaaten, die sich den Völkerbund als moralisches Aushängeschild schuf, wird auch in Zukunft ihre einseitige egoistische, Deutschland diskriminierende Politik fortzuführen bemüht sein. Vor der Welt steht es besser aus, wenn diese Beschlüsse in Anwesenheit Deutschlands gefaßt werden, als wenn Deutschland nicht dabei ist. Man würde sich zwar in Zukunft, sofern der Geist des Völkerbundes nicht ein grundsätzlich anderer wird, durch deutsche Einwendungen ebenso wenig betren lassen wie in der Vergangenheit, aber man glaubt doch, die moralische Verantwortung nicht allein zu tragen, wenn der Name des Deutschen Reiches auf der Mitgliederliste des Völkerbundes steht.

In der jetzt zur Verhandlung stehenden Saargelegenheit liegen die Dinge an sich so einfach, daß es zu ihrer befriedigenden Erledigung einer Mitwirkung Deutschlands gar nicht bedarf. Der Versailles Vertrag bestimmt ganz klar, daß der Völkerbundsrat eine freie, geheime und unabhängige Abstimmung zu gewährleisten habe. Dafür die nötigen Vorkehrungen zu treffen, ist nicht schwer. Es kommt nur darauf an, daß Wortlaut und Sinn der vertraglichen Vorkehrung anständig und loyal durchgeführt wird. Auch für die Aufstellung der Abstimmungslisten ist insofern eine unmissverständliche Richtlinie gegeben, als im Versailles Vertrag ausgesprochen ist, daß stimmberechtigt ohne Unterschied des Geschlechts jede Person ist, die zur Zeit der Abstimmung älter als 20 Jahre ist und zur Zeit der Unterzeichnung des Vertrages im Saargebiet gewohnt hat. Die Listen der danach abstimmungsberechtigten Personen, für die übrigens Vorarbeiten bereits vorhanden sind, aufzustellen, ist eine lediglich bürokratisch-technische Angelegenheit. Für deren Erledigung ist die Bemühung der europäischen Diplomatie nicht bedürftig. Der Völkerbundsrat in Genf wird weder mit noch ohne Deutschland irgend etwas beschließen können, was diesen vertraglich festgelegten Vor-

schriften widerspricht. Das praktische Problem der neutralen und gerechten Durchführung der Abstimmung ist nicht in Genf, sondern nur im Saargebiet selbst zu lösen. Auf die Haltung seiner Behörden wird es in den entscheidenden Phasen des weiteren Verlaufs der Dinge ankommen.

Deshalb bezieht sich die jetzige Ablehnung des Vorschlages Massigli auch nur auf die Teilnahme an den Beratungen des Völkerbundsrates in Genf. Sollte es sich später darum handeln, deutsche Vertreter in die Abstimmungskommission zu entsenden, so wäre das eine durchaus andere Angelegenheit, zu der die Stellungnahme der Reichsregierung noch absolut offen ist. Diese Abstimmungskommission, in deren Händen die technische Durchführung des Plebiszits liegen würde, hätte unmittelbaren Einfluß auf das Verfahren. Und sie wäre nicht der Völkerbund.

Man irrt sich aber in Genf, wenn man glaubt, Deutschland sei am 14. Oktober in Wahrung seines unerfüllten Gleichberechtigungsanspruches aus dem Bunde ausgetreten, um auf das erste Winken hin zurückzukehren, obwohl sich in der Frage der Gleichberechtigung seit jenem Tage durch die Schuld des Völkerbundes nicht das Mindeste geändert hat.

Genf und die Saarfrage

Zur Wiederwahl der Regierungskommission

Berlin, 17. Jan. Die Wiederwahl der bisherigen Regierungskommission des Saargebietes erscheint recht bescheiden. Wenn der Völkerbundsrat die Regierungskommission in ihrer gegenwärtigen Zusammenstellung bekräftigt hat, dann wird man sich fragen: Sollte der Austausch des einen oder anderen einen Wandel gebracht und den berechtigten Interessen der Saarländer gedient? Wenn dies beweisbar werden muß, dann wird letzten Endes die Aufgabe, die die Regierungskommission zu erfüllen hat, immer daran scheitern, daß das System falsch und die Methode verfehlt ist. Eine aus Ausländern zusammengewürfelte Regierung paßt in deutsches Gebiet wie die Faust aufs Auge. Nicht im Saargebiet kann ein solches Gebilde seine Aufgabe erfüllen, eher in unerlöschlichen Kolonialdiktaturen. Angesichts der Tatsache dieses unwürdigen, aus Versailles Geist geborenen Status bleibt die Personenfrage eine solche zweiten Ranges.

Im übrigen ist die Entscheidung des Völkerbundsrates insofern von gewissem Interesse, als es den vom Saargebiet ausgehenden marxistischen Bestrebungen gelunnen ist, das deutsche Mitglied der Saarregierung durch einen nichtarischen Gesinnungsgenossen zu ersetzen.

Genfer Gewaltpläne zur Bergewaltung des Saargebietes

Genf, 17. Jan. In Genf häufen sich die Versuche, den Völkerbundsrat zu veranlassen, „besondere Schutzmaßnahmen“ im Saargebiet zu treffen, um die durch „nationalsozialistischen Terror“ angeblich bedrohte Freiheit der Abstimmung zu sichern. Dabei hat man ganz offensichtlich den Plan im Auge, die Fremdherrschaft im Saargebiet in der Abstimmungszeit durch Entsendung fremder Truppen oder Polizeikräfte noch zu verstärken. Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß auch der am Montag hier eingetroffene Präsident der Regierungskommission des Saargebietes, der Engländer Knox, in Genf darauf drängt, daß ihm derartige Machtmittel zur Verfügung gestellt werden. Um für entsprechende Ratsbeschlüsse die notwendige Stimmung zu erzeugen, wird der angebliche Terror der Nationalsozialisten durch eine Fülle von Lügen, Entstellungen und Uebertreibungen glaubhaft zu machen versucht, dabei zeigt sich ein enges Zusammenwirken zwischen den berichtigten kleinen landesverräterischen Cliquen im Saargebiet und der Regierungskommission selbst. Nicht umsonst ist eine angebliche Saarabordnung unter Führung der Landesverräter Max Braun und Petri in Genf eingetroffen, die sich bemüht, Völkerbundsleute und die hier verammelten internationalen Presseleute in diesem Sinne zu beeinflussen. Dabei schwankt man noch zwischen der Förderung nach Verschiebung der Abstimmung um mehrere Jahre „bis zur Wiederherstellung einer freien Abstimmung“ und einer Abstimmung, die unter fremden Bajonetten stattfinden soll. Auch außerhalb des Saargebietes wohnende deutsche Emigranten beteiligen sich an diesem üblen Spiel.

Zur Unterstützung aller dieser Machenschaften ist vom Völkerbundssekretariat ein Schreiben des Regierungspräsidenten Knox an den Völkerbund bekanntgegeben worden, gleichzeitig mit einer Denkschrift der „Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung der saarländischen Interessen“ und der „saarländischen Wirtschaftsvereinigung“, also ausgesprochen separatistischer Organisationen, die hier in Genf den Anschein erwecken wollen, als ob beträchtliche Kreise der Bevölkerung hinter ihnen stünden. Es handelt sich um ein winziges Häufchen von Landesverrättern, die in enger Verbindung mit der französischen Propaganda stehen. Diese Landesverräter warten nicht nur mit den bekannten Lügen auf, sondern „bitten den Rat, der Regierungskommission des Saargebietes im Hinblick auf die bevorstehende Abstimmung außerordentliche Vollmachten zu erteilen“.

Die bisherige Saarregierung vom Völkerratsrat wiedergewählt

Genf, 17. Jan. Der Völkerratsrat trat Mittwoch vormittag um 10.30 Uhr wieder zu einer geheimen Sitzung zusammen. Als wichtigster Punkt stand die Wahl der Saarregierung auf der Tagesordnung, die terminmäßig fällig ist. Wie allgemein erwartet, wurde die bisherige Regierung einstimmig wiedergewählt. Die Saarregierung besteht also weiterhin aus folgenden Mitgliedern: Knorr-England, Ehrenroth-Finnland, Rohmann-Saarland, Morice-Frankreich, Zoritschilich-Serbien.

Der Eindruck der deutschen Antwort in Genf

M.B. Genf, 17. Jan. In Kreisen des Völkerratsrats erkläre man, daß man schon nach den bisherigen Meldungen aus Deutschland eine ablehnende Haltung, wie sie in der Antwort der deutschen Regierung zum Ausdruck kommt, erwartet habe. Man hebt aber gleichzeitig den höflichen Ton des deutschen Antwortschreibens hervor. Außerdem glaubt man darauf hinweisen zu sollen, daß in der deutschen Antwort zwar jegliche Beteiligung am Völkerratsrat strikte abgelehnt wird, nicht jedoch Besprechungen über die Vorbereitung an der Saarabstimmung auf einer anderen Basis. So nimmt man an, daß die deutsche Regierung z. B. sich nicht weigern würde, an einer Kommission teilzunehmen, die im Saargebiet selbst die Modalitäten der Abstimmung festlegen würde, sofern auch Frankreich in dieser Kommission vertreten ist. Deutschland würde dann nicht als Ratsmacht, sondern nur als interessierte Partei mitwirken. Es ist im übrigen nicht uninteressant, daß man auch in Völkerratskreisen lediglich durchblicken läßt, daß es sich bei der Einladung Deutschlands vor allem um ein französisches Mandat gehandelt habe, das niemals einen praktischen Erfolg haben konnte, dessen einziger Zweck aber der war, Deutschland den Einwand zu nehmen, daß ihm keine Gelegenheit geboten worden sei, sich an den Vorbereitungen für die Abstimmung rechtzeitig zu beteiligen.

Mag Braun „empfängt“

Genf, 17. Jan. Der hier eingetroffene Sozialdemokrat Mag Braun hat sich den internationalen Presseleuten in Genf als Vertreter der „Deutschen Einheitsfront“ im Saargebiet, der Liga für Menschenrechte usw. vorgestellt. Er hat weiter erklärt, er sei erschienen, um den Völkerratsrat auf die Lebergriffe und den Terror der Nationalsozialisten aufmerksam zu machen und ihm zu sagen, daß er die Pflicht habe, die Freiheit der geheimen Abstimmung zu sichern, bevor ein Datum für diese Abstimmung festgesetzt werde. Im übrigen „beantwagt“ er die Verschlebung der Abstimmung um fünf bis zehn Jahre. Erwärmlischer als dieser Vorgesandener wäre es, wenn es der Völkerratsrat und in ihm maßgebend vertretene Nationen wirklich mit ihrer Würde für vereinbar hielten, sich eines solchen Individuums für ihre Zwecke zu bedienen.

Langfristige Planungen im Arbeitsdienst

Arbeitsvorrat für zwei Jahrzehnte

Berlin, 17. Jan. Der Leiter des Amtes für Arbeitsplanung in der Reichsleitung des Arbeitsdienstes, Gauarbeitsführer Tholen, gab der Presse einen Ueberblick über die umfassenden Maßnahmen, die im Hinblick auf eine langfristige Arbeitsplanung für den Dienst getroffen worden sind. Hierbei handelt es sich in erster Linie um Vorkulturarbeiten, dann aber auch um Vorhaben auf dem Gebiete der Stedlung und der Forstwirtschaft. In mühseliger Kleinarbeit ist es mit Unterstützung aller beteiligten Stellen gelungen, sich einen erschöpfenden Ueberblick über den gesamten Arbeitsvorrat der hundert Jahre, um für zwei Jahrzehnte den Arbeitsdienst mit einem Durchschnittsjahrgang zu beschäftigen. Gauarbeitsführer Tholen wies darauf hin, daß die Bewältigung dieses Arbeitsvorrates für unsere Selbstversorgung mehr bedeute, als ein Landgewinn im Umfange von einem Sechstel Deutschlands.

Um den Ueberblick möglichst anschaulich zu machen, wurden die erfahrenen Arbeitsvorkarben auf einer großen Karte Deutschlands im Maßstab 1:200 000 für die Reichsleitung eingetragen. Uebrigens hat jeder der 30 Gaue in Deutschland noch eine ähnliche Karte der Arbeitsvorkarben zur Verfügung, und jede der 180 Gruppen des Arbeitsdienstes hat für ihr Gebiet einen ähnlichen Ueberblick aufgestellt.

Darüber hinaus sind andere weittragende Pläne aufgetaucht. Ein Hinweis von Gauarbeitsführer Tholen gab die Richtung an: Großzügige städtebauliche Planung, so daß sich die Möglichkeiten für Arbeitsdienst und für die Arbeitsbeschaffung noch unerschöpfbar steigern würden.



Der Weg in den neuen Tag

Roman von Helmo von Hellebrand

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

„Nehmen Sie teil daran, Herr Steinherr“, bat Vandro. „Schon längst wollte ich gestehen, daß Ihre freundliche Teilnahme an unserem Dasein uns schmerzlich fehlt, wollen Sie uns nicht einmal wieder mit Ihrem Besuch erfreuen? Freilich, wir können Ihnen wenig bieten...“

„Ihr Wenig ist tausendmal mehr wert als das Viel der anderen“, unterbrach ihn Steinherr, die Hand auf seinen Arm legend. Zum ersten Male war der alte warme Klang in der Stimme, die Vandro lange Wochen nur hart und herrlich gehört.

„Ich danke Ihnen für die freundliche Einladung, Doktor — aber bei drei ist immer einer zuviel. Sehen Sie, Ihre junge Frau wird Sie erwarten, sie hat ohnedies wenig von Ihnen.“

Doch Vandro blieb vor ihm stehen. „Kommen Sie doch mit, Herr Steinherr, gleich jetzt! Meine Frau wird sich ebenso sehr über den willkommenen Gast freuen wie ich!“

Der große Mann sah ihn lange durchdringend an, als wolle er die Tiefen seiner Seele erforschen. Aber was Magnus Steinherr in dem offenen, klaren Blick las, schien ihn zu befriedigen.

„Das letzte bezweifle ich — komme aber trotzdem. Und die Folgen fallen auf Ihr Haupt. Kann — verheiratet?“

Georg von Vandro war jählings von einem heftigen Hustenanfall gepackt worden, der seine ganze Brust zusammenzuschnüren schien. Ganz geteilt lehnte er gegen die Tür und rang mühsam nach Atem.

Steinherr schob ihm einen Stuhl hin und klangelte nach Wasser, das Vandro, sobald der Krampf sich ein wenig gelegt, gierig trank. „Vielen Dank!“ Er wischte

Frankreich kündigt den Handelsvertrag mit Deutschland

M.B. Berlin, 17. Jan. Die französische Regierung hat am Mittwoch durch die hiesige französische Botschaft dem Auswärtigen Amt eine Note überreichen lassen, in der mitgeteilt wird, daß sie den deutsch-französischen Handelsvertrag von 1927 kündigt, und zwar an dem Tage des Inkrafttretens der deutschen Verordnung über die Kontingentierung französischer Waren, d. h. am 19. Januar.

Gleichzeitig hat die französische Regierung in der Note wissen lassen, daß sie zu Verhandlungen zur Beratung des deutsch-französischen Warenaustausches bereit ist. Der französische Botschaft ist darauf alsbald erklärt worden, daß bei der deutschen Regierung die gleiche Bereitschaft bestehe. Da im Handelsvertrag von 1927 eine Kündigungsfrist von drei Monaten vorgesehen ist, ergibt sich daraus, daß der Handelsvertrag mit dem 20. April 1934 außer Kraft tritt und daß für die neuen Verhandlungen ein Zeitraum von drei Monaten besteht.

In der französischen Note wird ferner mitgeteilt, daß die französischen Kontingentierungsstellen, um eine Verschärfung der Lage zu vermeiden, am 19. Januar die erforderlichen Anweisungen erhalten werden, um die Kontingentierung deutscher Waren auf dem von Anfang an beabsichtigten Umfang zurückzuführen, nämlich auf 300 Millionen Franken. Bekanntlich hatte die schematische Anwendung der französischen Kontingentierungsverordnung am 1. Januar 1934 das Ergebnis gehabt, daß die Ausfuhr deutscher Waren nach Frankreich um rund 600 Millionen Franken verringert worden ist. Die französische Regierung hatte damals auf deutsche Anfrage mitgeteilt, daß dieses schematische Ergebnis nur vorläufig sei und dahin berichtigt werden würde, daß der Abstrich an der deutschen Warenausfuhr nach Frankreich nur 300 Millionen Franken betragen werde. Die erforderlichen Anweisungen an die französischen Kontingentierungsstellen waren damals aber zurückgestellt worden und werden nunmehr entsprechend der neuen Mitteilung der französischen Regierung ergehen.

Die holländischen Vorschläge zur Reform des Völkerrats

M.B. Genf, 17. Jan. Das Völkerratsratsrat gab am Mittwoch abend die schon angekündigten holländischen Vorschläge für eine Reform des Völkerrats bekannt. Die holländische Regierung geht zunächst auf die zahlreichen Kritiken ein, die zu den Reformvorschlägen geführt hätten. Es wäre nach ihrer Meinung falsch, solche Vorschläge zurückzuweisen, wenn sie wirklich eine wesentliche Verbesserung herbeiführen könnten. Andererseits dürfe eine Revision der Organisation der internationalen Gemeinschaft auch nicht leicht genommen werden. Die holländische Regierung ist durchaus nicht der Meinung, daß es den Interessen der Mitglieder widersprechen würde, wenn eine bestimmte Zahl von Mächten, die besondere Interessen haben (wie z. B. beim Abrüstungsproblem), zuerst in Verhandlungen unter sich eintreten. Die holländische Denkschrift wendet sich damit u. a. sehr scharf gegen die Ansicht, den Grundsatz der Gleichberechtigung, der die Grundlage des Völkerratspactes sei, zu durchbrechen. Aber auch hier gibt die Regierung zu, daß es Mächte gibt, die eine besondere Verantwortung für die großen Fragen der Welt haben.

Im Hinblick auf die an der Einstimmigkeitsklausel des Völkerratspactes geübte Kritik ist die niederländische Regierung der Meinung, daß die Praxis gezeigt habe, daß hier nicht die Ursache für Mißerfolge im Rahmen des Völkerrats zu suchen sei. Die Ursachen seien vielmehr in den Meinungsverschiedenheiten unter den großen Mächten zu suchen.

Die Denkschrift wendet sich darauf der Verankerung des Völkerratspactes mit den Friedensverträgen zu. Auch hier wendet sie sich, wenn auch vorsichtig, gegen eine Abänderung des bisherigen. Gleichzeitig sei zu erwägen, daß die verschiedensten Artikel der Verträge den Völkerrat beauftragten, an der Durchführung der Verträge mitzuarbeiten. Das sei zum Beispiel der Fall für Danzig, das Saargebiet, den Minderheitenenschutz und für die Mandate. Es sei auch sehr zweifelhaft, ob die Ausübung dieser Tätigkeit des Völkerrats einen Vorteil für die internationale Gemeinschaft darstellen würde.

Zusammenfassend betont die holländische Regierung, daß sie keine Notwendigkeit anerkennen könne, den Pact abzuändern, der, wie sie meint, alle Möglichkeiten bietet, um die Ziele des Völkerrats zu erreichen, vorausgesetzt, daß ein Geist der Verständigung die Mitglieder befehle.

Die holländische Regierung macht sich mit dieser Denkschrift zum Vorkämpfer des bekannten Standpunktes der meisten kleinen Mächte und vertritt trotz kleiner Zugeständnisse zugleich doch eine starre Völkerratsideologie. Wie man in Völkerratskreisen hört, werden noch weitere Denkschriften kleinerer Mächte, u. a. Österreichs, der Schweiz und Irlands, über Fragen der Völkerratsreform erwartet.

Deutschland-Hege im französischen Senat

Paris, 17. Jan. Außenminister Paul Boncour kündigt in seiner Senatsrede den provisorischen Abschluß eines Balkanpactes an, dem Rumänien, Südlawien, Griechenland und die Türkei beitreten würden. Es bekunde die Hoffnung, meinte er, daß auch Bulgarien sich diesem Pact anschließen werde. Die italienische Regierung, die diesem Pact zunächst skeptisch gegenübergestanden habe, stimme ihm jetzt zu. Im übrigen betreibe Frankreich eine entschlossene Völkerratspolitik. Im Zusammenhang mit den Forderungen nach einer Reform des Völkerrats sei Frankreich zu gewissen Anpassungen bereit, könne aber nicht zugeben, daß an die Grundzüge des Völkerrats geändert werde. Wenn die französische Regierung zur Abrüstungskonferenz gegangen sei, so habe sie das nicht getan, um den französischen Rüstungen einen Schlag zu versetzen, wie man in Reichskreisen behauptete, sondern weil Frankreich durch die Verträge dazu verpflichtet sei und weil die Abrüstung eine der höchsten Aufgaben des Völkerrats darstelle. Wenn die Abrüstungskonferenz mißlinge, so würde es ein Wettstreit geben, Frankreich werde dann alle Maßnahmen ergreifen, die die Umstände erforderten. Vorher aber wolle es alles tun, um die Abrüstungskonferenz zum Erfolg zu führen. Paul Boncour ging dann kurz auf die französische Denkschrift vom 1. Januar ein und erklärte, daß die darin gemachten Vorschläge die französische Sicherheit nicht gefährdeten.

Vor der Rede Paul Boncours hatte General Bourgeois das Wort ergriffen. Auch diesmal hat Bourgeois alles aufgegeben, um den Friedenswillen Deutschlands zu verleumden. Zunächst gab er eine Schilderung dessen, was er die Mobilisierungsmöglichkeiten Deutschlands im Jahre 1934/35 nannte. Er behauptete, Organisation und Ausbau der Reichswehr sei derart, daß sie bereits nicht mehr dem im Friedensvertrag vorgesehenen Armeetyp entspräche. Es bestähe bereits ein Heereskommando. Die Reichswehr sei eine Führerschule und bilde ein Rahmenheer, das man später durch ausgebildete SS- und SA-Leute ausfüllen werde. Feldgrüne Uniformen zur Einleitung der Mitglieder der politischen Verbände seien bereits in ausreichender Menge vorhanden, ja, es seien für sie sogar motorisiertes Kriegsmaterial und Pferde vorhanden. Dies ermöglichte, sofort 20 bis 30 Divisionen auf die Beine zu bringen. Fast ebenso starke Truppenverbände habe der Grenzschutz (?) zu stellen, dessen Kriegsmaterial wahrscheinlich eingelagert sei.

Nach Paul Boncour ergriff als erster Millerand das Wort. Er erging sich in ziemlich maßlosen Ausfällen gegen Deutschland, von dem er behauptete, daß es den Frieden bedrohe. Wenn Deutschland die Revision der Verträge betreibe, so seien sich 150 Millionen Menschen dagegen zur Wehr. Deutschland habe nicht nur aufgerüstet, sondern es verlange jetzt auch noch die Abrüstung der anderen. Wenn Deutschland neuerdings angeboten habe, sich einer für alle Staaten gleichmäßig geltenden Abrüstungskontrolle zu unterwerfen, und wenn es einen Nichtangriffspakt anbiete, so sei dem keine Bedeutung beizumessen.

Senator de Jouvenel erinnerte daran, daß Reichskanzler Hitler sich auf 40 Millionen Ja-Stimmen berufen könne. Das sei seine Stärke. Frankreich dürfe nicht den Eindruck erwecken, als ob es bei so schwerwiegenden Verhandlungen allein dastehe. Wenn die französische Regierung auf die deutsche Aufforderung zu Verhandlungen eingegangen sei, so könne man nicht behaupten, daß sie damit in eine Falle gegangen sei. Wenn man eine Gewaltpolitik vorschläge, so müsse man auch bereit sein, die letzten Konsequenzen zu ziehen. Er habe immer wieder, Redner, die von einer solchen Politik redeten, bisher habe aber noch niemals jemand greifbare Vorschläge vorgebracht. Man müsse die betreffenden an ein Wort Friedrihs des Großen erinnern, der einmal mit Recht feststellte habe, die gefährlichsten aller Handlungen sei, das Gewehr in Anschlag zu bringen, dann aber nicht zu schießen. Zu den Verhandlungen, die augenblicklich zwischen Frankreich und Deutschland geführt werden, sei zu sagen, daß der Streit der Beteiligten notgedrungen erweitert werden müsse, denn es gebe keine Frage, die beide Länder allein angehe. Man dürfe sich nicht von der deutschen Taktik leiten lassen, die darin bestehe, die Schwierigkeiten einzeln in Angriff zu nehmen, sondern man müsse sämtliche zwischen beiden Ländern schwebenden Fragen auf einmal anpacken, damit man sich über die Ziele der Politik jedes beteiligten Landes klar werde.

Am Donnerstag wird Ministerpräsident Chauvemps die großen Richtlinien der französischen Außenpolitik entwickeln.

Verwendet nur den Winterhilfe-Pfennig als Verschlussmarke für eure Briefe!

mitzukommen — und die Versuchung war größer als der Zank, der gebot, zwei glückliche Menschen sich selbst zu überlassen.“

Eine feine Röte färbte das zarthäutige Gesicht, das sich ihm voll unbewußter Anmut entgegenhob. „Der Gast meines Mannes ist auch mir von Herzen willkommen“, erwiderte sie, in leichter Befangenheit ihre Finger aus seinem Griff lösend, „wenn er vorliebnehmen will mit unserer einfachen, kleinen Häuslichkeit.“

„Ist sie einfach?“ Verjoren schweifte sein Blick durch den Raum. „Mir scheint sie schön und heimelig.“

„Das bewirken diese Wunderhände“, sagte Vandro und neigte sich über die schlanken Finger seines jungen Weibes, dessen Augen ihn in samtweichem Glanz anstrahlten. „Und nun sage, ob du jetzt hungrigen Männern etwas zu essen geben kannst, wogegen keiner etwas einwenden würde!“

Bera nickte, ein wenig verlegen lächelnd. „Die Herren werden schon satt werden.“ Und verschwand in die kleine Küche, von wo durch die geschlossene Tür das Geräusch von klappernden Tellern und Töpfen herüberklang.

Magnus Steinherr, behaglich seiner ganzen Länge nach in Vandro's altem Lederfessel ausgestreckt, lächelte still vor sich hin. Er hätte ja leicht seinen Koch mit einem fertigen Abendessen hierher zitieren können, aber es reizte ihn, zu sehen, wie die kleine Gräfin — wie er sie in seinen Gedanken stets nannte — sich mit der Aufgabe eines un erwarteten Besuches abfinden würde.

Vandro, der sich nebenan schnell umgezogen, erschien im dunklen Anzug, erfrischt und heiter. Sein Gast nickte ihm zu:

„Das war ein guter Gedanke von Ihnen, Doktor — den Sie noch bitter bereuen werden, wenn ich den Aufbruch vergesse!“ Und dann begann er, von dem zu reden, was seinem Herzen am nächsten lag, vom Gang der Arbeit in den Werken. Dem interessiert lauschenden Mann war es, als ob sich ihm eine Seele erschließe. Und seine Liebe zu diesem Manne, dem er Brot und Glück verdankte, wuchs und vertiefte sich. (Fortsetzung folgt.)